Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/988
24.09.2025

Wissenschaftsausschuss

44. Sitzung (öffentlich)

24. September 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 14:44 Uhr

Vorsitz: Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Protokoll: Christoph Filla

Verhandlungspunkt:

Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein **3**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13807

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

* * *

Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13807

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur 44. Sitzung des Wissenschaftsausschusses begrüßen.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit der Sitzungseinladung 18/1421. Ich gehe von Ihrem Einvernehmen mit der Tagesordnung aus. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Sitzung wird per Live-Videostream im Internet übertragen. Mit dem Streamen haben sich die teilnehmenden Sachverständigen einverstanden erklärt, da kein Widerspruch erhoben wurde.

Bild- und Tonaufnahmen sind nicht zulässig.

Im Wissenschaftsausschuss bin ich Vorsitzender und Sprecher der Fraktion der AfD in Personalunion.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gegenstand dieser Anhörung ist der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/13807 mit dem Titel „Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein“. Dazu begrüße ich nochmals alle erschienenen Gäste recht herzlich.

Ich danke den Sachverständigen für ihre vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten eine wesentliche Arbeitserleichterung für uns. Überdrucke der Stellungnahmen liegen im Eingangsbereich aus.

Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, sind Eingangsstatements nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit Fragen an die Sachverständigen wenden. Ich werde zunächst einige Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sammeln und bitte dann die Sachverständigen, diese zu beantworten.

Damit im Anschluss alle Sachverständigen ihre Interessen bei der Beantwortung der Fragen angemessen vertreten können, werden sie gebeten, nur die konkret an sie gerichteten Fragen zu beantworten. Sie können davon ausgehen, dass die Abgeordneten Ihre vorab schriftlich eingereichte Stellungnahme im Detail zur Kenntnis genommen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte benennen Sie eingangs Ihrer Frage den oder die Adressaten.

Wir steigen nun in die erste Fragerunde ein, und die CDU-Fraktion beginnt. Bitte schön.

Jonathan Grunwald (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vonseiten der CDU-Fraktion herzlichen Dank für Ihre Teilnahme an der heutigen Anhörung. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Sie sich die Zeit nehmen, um mit uns ins Gespräch zu kommen.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Harms vom DAAD. Sie plädieren in Ihrer Stellungnahme bei der Gewinnung für Wissenschaftler für eine Zielgruppenfokussierung insbesondere auf junge und etablierte Forscherinnen und Forscher. Welche internationalen Talentpools sind mit Blick auf die jeweilige Fakultas realistisch erschließbar, und handelt es sich dabei um Professionen, die zur Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit und nordrhein-westfälischen Innovationskraft beitragen können?

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Herren Sachverständige! Vielen Dank für Ihre Zeit, die Stellungnahmen und Ihre Bereitschaft, uns hier Rede und Antwort zu stehen. Das hilft uns für die Beratungen sehr.

Ich habe zwei Fragen, die ich in der ersten Runde an alle Sachverständigen richte. Der Antrag hat als Zielgruppe explizit nicht die etablierten Forscherinnen und Forscher zum Beispiel in den USA im Sinn. Wir diskutieren das Thema gerade sehr viel mit Blick auf die USA; das ist virulent. Das ist meiner Meinung aber nicht ein komplettes Bild der Wissenschaftsfreiheit unter Druck, aber als Zielgruppe haben wir explizit nicht die etablierten Forscherinnen und Forscher in den USA auf dem Schirm, sondern vielleicht eher die jungen Forscher, die dorthin gegangen sind und sich jetzt vielleicht fragen, in welche Lage sie da hineingeraten sind und welche Rechte sie gerade verlieren. Das sind vielleicht gar keine US-amerikanischen Staatsbürger. Das ist die eine Gruppe.

Die zweite Gruppe sind die Talente weltweit, die diesen Karriereschritt noch vor sich haben, diesen in anderen Zeiten normalerweise in den USA gemacht hätten und sich jetzt vielleicht zu einer Neubewertung gezwungen sehen.

Teilen Sie diese Einschätzung, was die Zielgruppe angeht? – Das ist meine erste Frage.

Das Zweite ist: Es macht keinen Sinn, jetzt die etablierten Institutionen in den Ländern mit Wissenschaftsfreiheit unter Druck besonders zu plündern. Wenn wir also jetzt die guten Köpfe aus Harvard alle abwerben, dann machen wir ja nur das Geschäft derer, denen Harvard sowieso ein Dorn im Auge ist. Wie können wir die institutionelle Zusammenarbeit stärken und so Kooperationen weiter aufrechterhalten?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite, dass Sie sich die Zeit nehmen, um hier heute unsere Fragen zu beantworten, und vielen Dank auch für die schriftlichen Stellungnahmen.

Meine erste Frage richtet sich an alle. Seit Antragstellung gab es sowohl das „Programm Innovationsprofessoren“ der Landesregierung und der NRW.Bank als auch das „1.000-Köpfe-plus-Programm“ der Bundesregierung. Scheinen derzeit überhaupt zusätzliche Fördermaßnahmen sinnvoll? Wenn ja, welche Ausgestaltung bräuchten sie?

Meine zweite Frage: Sollte es überhaupt Aufgabe der Landesregierung sein, mit den Hochschulen darüber zu sprechen, welche Forschungsprojekte von internationalen Wissenschaftler*innen profitieren können? Oder ist es nicht gerade auch Ausdruck von Wissenschaftsfreiheit, dass Hochschulen und Programmjuries das selbst entscheiden können?

Angela Freimuth (FDP): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Sachverständige! Auch seitens der FDP-Fraktion vielen Dank für Ihre schriftliche Expertise im Vorfeld, aber auch dafür, dass Sie heute für ergänzende Fragen zur Verfügung stehen und uns auch ansonsten immer mit Rat und Tat unterstützen.

Ich habe zwei Fragen, und meine erste Frage knüpft an das an, was Kollege Hartmann angesprochen hat, dass wir nämlich Wissenschaft in vielen Regionen der Erde unter Druck sehen. Wir verengen – das ist aber meine persönliche Bewertung – die Diskussion auf den US-amerikanischen Raum. Mich interessiert, an welchen Stellen und in welchen Ländern Sie die Wissenschaft besonders unter Druck sehen und mit welchen Instrumenten wir dort als Land Nordrhein-Westfalen unterstützen können.

Anknüpfend an das „1.000-Köpfe-plus-Programm“: Auch Nordrhein-Westfalen hat ein Programm für die Innovationsprofessuren vorgestellt. Was erachten Sie für erforderlich, und mit welchen Schwierigkeiten haben sowohl das „1.000-Köpfe-plus-Programm“ als auch möglicherweise das „Programm Innovationsprofessoren“ in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen, um als eine global vernetzte Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen Unterstützung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu geben, aber auch für uns Impulse aus dieser globalen Wissenschaftsszene aufnehmen zu können?

Meine dritte Frage richtet sich an Herrn Albrecht von der Philipp Schwartz-Initiative. Sie haben in Ihrer Stellungnahme Brain Circulation angesprochen. Können Sie das etwas näher erläutern?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Nun habe ich den AfD-Hut auf, und meine Frage richtet sich an alle Sachverständigen.

Das Schwierige ist, dass die Wissenschaft auf der ganzen Welt unter Druck ist. Nicht nur der Antrag wurde ein bisschen durch die aktuellen Verhältnisse in den USA angestoßen; das ist allerdings relativ neu. Was wünschen sich denn die jungen Wissenschaftler, mit denen Sie sprechen? Unter Umständen gibt es schon Kontakte, die daraus resultieren, dass sie von sich aus an irgendjemanden herantreten.

Frank Albrecht (Philipp Schwartz-Initiative): Vielen Dank für die Frage und die Einladung.

Wenn wir „Wissenschaftsfreiheit unter Druck“ als Titel des Antrags nehmen, geht es auch darum, Wissenschaftsfreiheit weltweit zu denken. Es geht zum einen um die USA, zum anderen um die Wissenschaftsfreiheit generell, die weltweit abnimmt. Das heißt, es ist entscheidend, nicht nur auf die USA zu schauen.

Hier stehen verschiedene Zielgruppen im Raum. In der Tat sind besonders vulnerabel diejenigen, die noch nicht in etablierten Lebenszeitpositionen sind und deshalb eine höhere Mobilität haben. Ich denke, dieser Fokus ist auch richtig; denn etablierte Forschende haben ganz andere Möglichkeiten und Perspektiven, insbesondere seitens der USA.

Der Gedanke, nicht zu plündern, ist ein ganz zentraler. Das ist eine ganz zentrale Position der von Humboldt-Stiftung und auch der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, dass es hier nicht darum geht, kurzfristig irgendwelche Gewinne einzufahren, sondern dass man Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsdiplomatie grundsätzlich in ganz langen Bögen denken muss. Diese Situation in den USA wird sich vermutlich auch wieder ändern. Es wird dann umso wichtiger sein, dass sich Nordrhein-Westfalen bzw. die Bundesrepublik weiterhin als ein verlässlicher, zentraler Partner positioniert hat.

Zu der Frage nach Brain Circulation. Der Fokus der von Humboldt-Stiftung lag schon immer darauf – und das hat sich auch unter den gegebenen Umständen nicht geändert –, Brain Circulation statt Brain Drain zu fördern. Bei Brain Drain geht es um die dauerhafte Abwerbung, also das angesprochene Plündern von Forschungskapazitäten der Forschenden. Brain Circulation versteht Wissenschaft als ein globales Unterfangen, also einen globalen Fluss von Ideen, von Ergebnissen und insofern auch von Personen, die möglichst frei sich global vernetzen, kooperieren und auch mobil sein können.

Was bedeutet das konkret? Konkret bedeutet es, dass es temporäre Forschungsaufenthalte gibt. Es geht um wissenschaftliche Einladungen, Kooperationen, Partnerschaften. Es geht auch um so etwas wie Kapazitäten, die man kombinieren kann, also gemeinsame Berufungen, auch international gemeinsame Berufungen, Joint Labs und Ähnliches. Hier wird Wissenschaft also als ein weltweiter Fluss von Ideen gesehen. Ganz entscheidend ist dabei, dass wir momentan Tendenzen sehen, die man unter dem Begriff „Geopolitisierung der Wissenschaft“ fassen kann. Das heißt, dass Sicherheitserwägungen und die Versicherheitlichung von Wissenschaft immer relevanter werden und diese Brain Circulation auch empfindlich behindern können. Das sind große Risiken, die man sich in einem globalen Kontext nicht nur auf die USA bezogen anschauen muss.

Dr. Michael Harms (Deutscher Akademischer Austauschdienst [DAAD]): Herzlichen Dank auch von meiner Seite, dass wir hier heute bei Ihnen sein dürfen.

Sie haben eine konkrete Frage an mich gerichtet: Welche Talentpools gilt es in den Blick zu nehmen? – Ich bin sehr dankbar für die Frage. Ich denke, dass wir als DAAD den Blick darauf wenden möchten, dass es wichtig ist, neben den arrivierten Forscherinnen und Forschern auch Nachwuchstalente in den Blick zu nehmen, und ich spreche hier ganz deutlich von Master-Absolventen, aber vor allen Dingen auch von Doktorandinnen und Doktoranden. Das fällt im Augenblick so ein wenig an die Seite, auch bei der Initiative „1.000-Köpfe-plus“. Wir setzen uns dafür ein, dass das tatsächlich stärker in den Fokus gerät, und wollen die deutschen Hochschulen mit unserem Anteil

bei der Initiative auch darin unterstützen, das zu tun. Fördermechanismen in dem Sinne gibt es bislang dort nicht. Ich denke, das sollte geändert werden.

Sie haben gefragt, ob das die Innovationsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen stärkt. Unserer Meinung nach ja; denn wir wissen, dass internationale Studierende sich deutlich mehr für MINT-Fächer entscheiden als ihre deutschen Kommilitonen und Kommilitonen.

Ich möchte zu einer anderen Frage Stellung nehmen. Auch wir sind der Auffassung, wie unsere Kollegen von der AvH und von den Allianzorganisationen, dass es nicht darum gehen kann, zu plündern, wie Sie, finde ich, zutreffend gesagt haben. Vielmehr wollen wir Partnerschaften stärken. Wir arbeiten seit vielen Jahrzehnten mit amerikanischen Universitäten zusammen. Das ist nicht die Regierung. Ich denke, in dieser Zeit sollten wir beides tun, also zum einen diese Partnerschaften stärken, zum anderen überzeugend für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland werben. Das tun wir auch. Ihnen ist möglicherweise die Konferenz GAIN bekannt, die wir gemeinsam mit den Partnern DFG und AvH durchführen. Nie zuvor in 20 Jahren hat es so ein großes Interesse von jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen gegeben, nach Deutschland zu kommen. Das sollten wir nutzen. Hier sollten wir gute Angebote machen.

Vielleicht noch ein Wort zur Frage, wo wir die Wissenschaftsfreiheit unter Druck sehen. Nicht zufällig muss man hier natürlich als Allererstes Russland nennen. Sie wissen, dass wir nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine die akademischen Beziehungen auf Eis gelegt haben, und zwar als autonome Entscheidung der deutschen Wissenschaft, der Allianzorganisationen. Wir müssen auch China nennen. Mit China ist es schwierig. Wir halten die Kooperation aufrecht. Wir haben als DAAD auch die deutschen Hochschulen darin unterstützt, Wissenssicherheit stärker in den Blick zu nehmen, das heißt solche Kooperationen auch tatsächlich förderlich zu gestalten, um der Wissenssicherheit und dem ungewollten Abfluss von Wissen nicht entgegenzuwirken.

Dr. Lars Lott (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg): Vielen Dank auch von mir für die Einladung in den Ausschuss.

Ich möchte gerne zu den allgemeinen Fragen Stellung nehmen, die meine Expertise betreffen. Die Zielgruppenfokussierung auf junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der frühen Karrierephase halte ich deswegen schon für richtig, weil es funktionell notwendig ist, da etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland, beispielsweise aus den USA, wenn sie nach Deutschland kommen wollen würden, durch hiesige Berufungsverfahren gehen müssten, die sehr, sehr lange dauern und oft nicht berechenbar sind. Das ist also eine wenig verlässliche Perspektive für diejenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits in anderen Ländern etablierte Positionen innehaben.

Aus einer anderen Perspektive sollte man aber nicht ausschließen, dass sich solche etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch auf diese Programme bewerben, weil diese in ihren Herkunftsländern durchaus auch unter Druck geraten. Eine ausschließliche Fokussierung auf junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

halte ich also für problematisch. Vielmehr sollte das gesteuert werden durch diejenigen, die Anträge stellen.

Bezüglich der Frage, wer über die Forschungsprojekte oder die Ausrichtung der Förderung, also welche Projekte gefördert werden, entscheiden sollte, plädiere ich in der Tat dafür, dass es im Rahmen der institutionellen Autonomie der Hochschulen die Hochschulen selber machen und die Politik keine Vorgabe macht, welche Forschungsprojekte jetzt förderungswürdig oder weniger förderungswürdig sind. Das ist Ausdruck der institutionellen Autonomie der Hochschulen, das eigenständig zu entscheiden.

Zur Frage, wo die Wissenschaftsfreiheit insbesondere unter Druck gerät, können wir mithilfe der Academic-Freedom-Index-Daten, die wir in Erlangen und Nürnberg federführend herausgeben, zunehmend sagen, dass das nicht die üblichen Kandidaten sind, also diejenigen Autokratien der Welt, wo wir das vermuten würden, sondern auch vormals liberale Demokratien, die sich in Prozessen der demokratischen Dekonsolidierung oder demokratischen Rückschritte befinden. Immer da, wo Demokratien in Gefahr geraten, gerät auch die Wissenschaftsfreiheit unter Druck. Das ist ein relativ klares Pattern, das wir weltweit beobachten können. Inwiefern dann aus diesen Ländern, wo die Demokratie und damit die Wissenschaftsfreiheit unter Druck geraten, Forscher und Forscherinnen nach Deutschland oder nach NRW kommen möchten, hängt natürlich auch davon ab, inwiefern überhaupt eine Emigration möglich ist. In denjenigen Kontexten, wo die Wissenschaftsfreiheit besonders stark und schon lange eingeschränkt ist, beispielsweise China, ist es mitunter nicht einfach möglich, dass Forscherinnen und Forscher hierherkommen, weil sie dafür eine Ausreisegenehmigung brauchen.

Letzte Frage: Was wünschen sich junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? – Aus meiner Perspektive eines Wissenschaftlers, der noch in der jüngeren Karrierephase steckt, braucht es eine planbare und vor allen Dingen eine gut berechenbare Perspektive. Es ist also fair, gegenüber denjenigen, die nach NRW oder Deutschland kommen wollen, klar zu benennen, welche Probleme das deutsche Wissenschaftssystem in Bezug auf langfristige Planbarkeit und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat.

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zu guter Letzt noch ein paar Aspekte. Ich möchte nicht alles wiederholen, was gesagt worden ist; denn das meiste teile ich.

Ich denke, mit Blick auf das Wildwest-Programm, wirklich sehr gute Leute, etablierte Leute herzuholen, muss man sagen, das wird auf einige wenige beschränkt bleiben, und da – jetzt kann ich Sie mindestens in Nordrhein-Westfalen trösten – haben wir Möglichkeiten, tatsächlich Ad-personam-Berufungen zu machen, die schnell gehen, also innerhalb weniger Wochen. Das ist ein Standortvorteil, den man ganz klar benennen muss. Das ist aber eigentlich nicht das Ziel.

Ich denke, das Ziel muss es sein, einmal festzustellen, wie in den Vorreden schon gesagt worden ist, dass Wissenschaft an ganz vielen Stellen unter Druck ist und dass sich dieses Papier der SPD im Moment an den USA abarbeitet. Da ist im Moment die generelle Haltung innerhalb der LRK die, dass wir lange Zeit gute Wissenschafts-

beziehungen zu den USA und ihren herausragenden Forschungsinfrastrukturen unterhalten haben und jetzt eigentlich tunlichst darauf achten müssen, dass wir diese stärken und nicht schwächen. Wir dürfen also Leute nicht so aus dem System herausnehmen, dass sie nicht mehr als Gegenpart oder als Partner auf der Seite funktionieren können, wenn der wilde Mann in Amerika abgetreten ist. Ich denke, Wissenschaft als solche ist inhärent resilient, weil sie eben Wissenschaft als Gegenstand hat, und deshalb müssen wir gucken, was wir tun können, um Bindung herzustellen, und zwar in einer Art und Weise, die den an uns Gebundenen nicht zum Nachteil gereicht.

Ich bin ein großer Freund davon, jetzt verschärft auf gemeinsame Berufungen in Teilzeit zu gehen. Es ist völlig üblich in den USA, dass man, wenn man getenured ist, während der vorlesungsfreien Zeiten irgendwohin geht, und man bezieht, wenn man an staatlichen Einrichtungen ist, in der Regel nicht einmal ein Gehalt in der Zeit. Das heißt, das ist ein Fenster, in dem man sie ganz gezielt hier mit Projekten binden könnte. Und was sie brauchen, ist eine echte Affiliation, also keinen Gaststatus, sondern eine echte Affiliation. Das sichert ihnen das Recht, auch hier zu promovieren. Und es sichert ihnen vor allen Dingen das Recht, bei allen Förderagenturen – DFG, BMF oder EU-Vorhaben – Anträge zu stellen. Über diesen Weg können wir Kooperationen im europäischen Raum stärken, und ich denke, wir tun gut daran, die US-Amerikaner so eng wie möglich an die EU zu koppeln. Denn wenn wir in irgendwelchen Wissenschaftsbereichen auch noch einen ernsthaften Gegenpol zu der immer stärkeren Dominanz von China entwickeln wollen, dann brauchen wir die USA, genauso wie wir das nach dem Brexit festgestellt haben. Die Engländer, die Brasilianer, die Kanadier, also die relativ vernünftigen Leute dieser Welt, brauchen wir, um unser Wissenschaftssystem auch für uns zu stärken. Ich glaube, über solche Konstrukte können wir wirklich Win-win-Situationen herstellen.

Vielleicht noch ein Wort zu den angefragten Innovationsprofessuren. Innovationsprofessuren machen an der Stelle Sinn, wo sich die Landesregierung wirklich einen Innovationsschub verspricht. Das ist mit einem sehr starken Blick auf Wirtschaftsentwicklung zu betrachten, und insbesondere sollte es fokussiert sein auf Leute, die man vielleicht aus der starken Start-up-Kultur oder aus Unternehmen der USA zurück ins System holen will, mit dem erklärten Ziel, bestimmte Wirtschaftsbereiche hier zu stärken. Ich denke, das ist richtig.

Letzter Punkt: Kann man eine Zielgruppenfokussierung vornehmen? – Ich glaube, ja, und das ist auch politisch gerechtfertigt. Man kann sich ganz gezielt auf die Leute fokussieren, die mindestens in dem Land, in dem sie leben, kein politisches Mandat haben, mit dem sie Einfluss auf Entscheidungen der Regierung nehmen können. Den Fokus darauf zu legen, junge Leute zurückzuholen, und auch den Wunsch, das Rückkehrerprogramm auf keinen Fall einzukürzen, halte ich für eine richtige Maßnahme.

Jonathan Grunwald (CDU): Herr Professor Wessels, jetzt haben Sie mit Ihrer letzten Ausführung eigentlich schon einen Teil meiner Frage vorweggenommen. Ich beziehe mich unter anderem auf eine Aussage in der Stellungnahme von Herrn Albrecht. Sie warnen dort explizit vor einer Schwächung der USA bzw. der transatlantischen

Beziehungen durch reine Abwerbeabkommen. Das teile ich ausdrücklich als Transatlantiker, der einige Semester in den USA studieren durfte. Sie werben für Brain Circulation.

Mich interessiert in dem Kontext – und dazu dürfen gerne alle Sachverständige etwas sagen –, wie Sie das Konzept des Landes Nordrhein-Westfalens für Innovationsprofessuren bewerten, das sich explizit nicht als Abwerbeprogramm versteht. Möchten Sie uns diesbezüglich die eine oder andere Einschätzung mitgeben?

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Vielen Dank für die erste Runde. – Ich möchte einen Punkt von Herrn Wessels aufgreifen und um eine Kommentierung aus Sicht der Alexander von Humboldt-Stiftung bitten. Das Argument war: Wenn wir jemanden für eine Zeit lang hierherholen, um Bindungen zu schaffen, dann geht es darum, dass jemand auch eine Affiliation hat, also wirklich hier ankommt.

Ich habe bisher den Eindruck, dass das vor allem über Stiftungsgelder und temporäre Stipendien oder Ähnliches geht. Könnte man das noch ausbauen und solche Instrumente noch konkreter an einzelne Hochschulen binden?

Herr Lott, Sie haben sich recht konkret zu der Idee eines Fonds geäußert. Können Sie etwas ausführlicher darlegen, was Sie sich darunter vorstellen könnten, wie der finanziell ausgestaltet sein müsste und wie die Governance-Strukturen gestaltet sein müssten, um tatsächlich nachhaltig erfolgreich zu sein?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Ich möchte an die gemeinsamen Berufungen anknüpfen, die von verschiedenen Stellen kommen. Ich stelle mir das im Moment in Bezug auf politische Beeinflussbarkeit sehr schwierig vor, das hinzubekommen, egal, ob jetzt beispielsweise mit China oder den USA. Wie müsste es ausgestaltet sein, um sicherzustellen, dass beispielsweise Personen aus Deutschland, die man gemeinsam mit den USA oder mit China berufen möchte, nicht auf die Gefälligkeit des dortigen Systems angewiesen sind? Es darf keine Einbahnstraße sein, es muss in alle Richtungen gehen, aber im Moment sehen wir ein deutliches Hineinregieren der US-Regierung in sehr viele Themenbereiche und in sehr viele US-Universitäten, die diesem Druck nicht standhalten können.

Herr Wessels hat gerade den Zugang zu deutschen Fördermitteln für Leute angesprochen, die im Tandem berufen werden. Wie stellt man sicher, dass dann auch für Leute, die im Tandem aus Deutschland berufen werden, der Zugang zu US-Mitteln oder anderen Mitteln gesichert wäre, sodass es an der Stelle keine Einbahnstraße wäre? Inwieweit würde das den Fördermittelzugang für Early Career Researchers aus Deutschland weiter erschweren?

Angela Freimuth (FDP): Gerade ist ein Stichwort genannt worden: einkürzen. Ich habe im Laufe meines politischen Lebens gelernt, dass wir ganz viel über Inhalte diskutieren, aber hinterher ist dann doch immer ein Preisschild dran. Wir diskutieren das im nordrhein-westfälischen Landtag in den Haushaltsberatungen. Im Deutschen Bundestag haben die Haushaltsberatungen für 2026 gerade begonnen. Herr Dr. Harms

hat in seiner Stellungnahme ausdrücklich angesprochen, dass eine verlässliche Grundfinanzierung erforderlich ist, um konkurrenzfähige Karriereperspektiven aufzuzeigen. Ich habe auch schon mal gehört, dass das von der Landesrektorenkonferenz ähnlich gesehen wird. Was müssen wir als Haushaltsgesetzgeber denn aus Ihrer Sicht auf den Weg bringen, damit Sie Ihre Arbeit im Sinne der Internationalisierung oder des Wissenschaftsaustauschs über die Kontinentalgrenzen hinweg auch tatsächlich leisten können? Was können wir als Land Nordrhein-Westfalen tun, um Sie in Ihrer Arbeit zu unterstützen?

Es ist auch eine Hochschulgesetznovelle angekündigt worden. Gibt es im Hochschulgesetz Stellen, wo wir möglicherweise noch etwas nachjustieren müssen? Vielleicht können Sie uns entsprechende Hinweise darauf geben.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Ich nehme in den Blick, dass die Länder für die Kultur zuständig sind, dass es aber angesichts der angesprochenen globalen Tendenzen auf der ganzen Welt schon fast Außenpolitik ist; jedenfalls hat das Thema auf jeden Fall eine Bundeskomponente. Nehmen Sie wahr – damit richte ich mich an alle –, dass es jetzt zunehmende Bestrebungen in den anderen Ländern und auf Bundesebene gibt, um sich dieses Themas anzunehmen?

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich genau verstanden habe, worauf Herr Hartmann hinauswollte, was die Bindung angeht. Aber ich glaube, ich hatte das schon erklärt, wie ich das gemeint habe.

Ich möchte jetzt auf das fokussieren, was Frau Eisentraut gefragt hat: Wie ist sichergestellt, dass diese Programme nicht einseitig sind, sondern eine Bindung auf Augenhöhe hergestellt wird? – Zunächst einmal geht es darum, sicherzustellen, dass man eine Form der Kooperation findet, aus der für unser System ein Mehrwert resultiert. In meinen Augen entsteht der Mehrwert durch die Bindung von herausragenden Leuten aus den USA, die nur für einen Teil ihrer Zeit bei uns etwas Lehre machen – bei uns gibt es auch das Konstrukt, dass man eine Professur im Nebenamt hat, im Ausland typischerweise –, und dadurch, dass man Win-win-Situationen für beide Standorte schafft.

Ich denke, ein erheblicher Gewinn für uns ist erstens ein starker Internationalisierungsschub, den wir damit automatisch bekommen. Das Zweite ist, dass wir die Leute in unser System hineinbekommen, die Wissenschaftstreiber sind, die wirklich ausgewiesene Klasse haben und die dafür sorgen, dass – und deshalb bin ich auch so stark dafür, dass sie auch in EU-Konstrukte eingebunden werden – die EU die wissenschaftliche Schlagkraft behält, die sie braucht.

Wie kann man jetzt sicherstellen, dass das irgendwie auf Augenhöhe passiert? Erster Punkt ist, dass wir schon lange im amerikanischen System vollständig antragsberechtigt sind. Die einzigen Einschränkungen sind im Moment, dass die NIH – das ist der größte Fördermittelgeber der Welt – bestimmte Projekte schlicht nicht mehr fördert, und da sehen wir gerade unser Window of Opportunity, genau auf diese Themengebiete zu fokussieren.

Der andere Punkt ist folgender: Diese wechselseitigen Affiliationen gibt es. Aus unserer Sicht ist es im Moment allerdings weniger attraktiv, mit US-amerikanischen Institutionen um Partnerschaften dort zu verhandeln. Vielmehr sollten wir Opportunitäten schaffen, um sie an uns zu binden, um dann, wenn sie sich bewährt haben, tatsächlich auch eine institutionelle Bindung zu haben.

Und wichtig ist mir, dass das – ich sage das immer so ein bisschen flapsig – subkutan passiert, dass also nicht die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den USA dadurch unter Druck geraten, wenn sie mit uns kooperieren. Denn – das muss man sagen – was sie in den vorlesungsfreien Zeiten machen, das interessiert die Institutionen als solche nicht. Sie müssen auch keine Rechenschaft darüber ablegen. Das heißt, sie müssen nirgendwo darüber berichten, dass sie diese Kooperationen unterhalten. Das geschieht im Moment wirklich noch in deren Freiheit. Ich glaube, dass das eine sehr elegante Methode ist, wie man die Einschränkungen, die dort sind, zum Nutzen beider Seiten richtiggehend ein bisschen unterwandern kann.

Und ja, wir holen uns ein paar mehr antragberechtigte Leute hierher in das System. Das ist richtig. Das erhöht ein bisschen den Druck auf Anträge; das will ich gar nicht infrage stellen. Ich denke allerdings, dass der Nettonutzen größer ist als der Schaden, den wir damit anrichten.

Dr. Michael Harms (Deutscher Akademischer Austauschdienst [DAAD]): Zum Punkt „Schwächung der transatlantischen Beziehungen“. Ich denke, das sollten wir in jedem Fall vermeiden. Das ist sehr klar geworden auch aus dem, was ich vorher gesagt habe. Wir machen als DAAD nicht nur Individualförderung. Wir fördern auch die Kooperationsbeziehungen zwischen unseren Mitgliedshochschulen in Deutschland und ihren Partnern, auch in den USA. Das müssen wir weiterhin machen. Denn Wissenschaft ist international, und wir profitieren in vielfacher Hinsicht von diesem starken Forschungsstandort. Das wird auch so bleiben.

Das Zweite ist die Frage nach Brain Circulation. Das ist auch unser Ansatz, und ich möchte zwei Sätze dazu sagen. Ich möchte noch einmal ausdrücklich hervorheben, dass ich auch über Talente aus Drittländern spreche, die nicht mehr in die USA gehen können und die jetzt eine neue akademische Heimat suchen. Da sollten wir uns anbieten. Das ist etwas, was wir bereits heute als Land schon gut machen. Wir sind nach den USA und UK dasjenige Land, das am meisten internationale Studierende anlockt. Sie haben möglicherweise die gemeinsame Studie gesehen, die wir mit dem Institut der deutschen Wirtschaft gemacht haben. Es ist so, dass wir auch im Sinne eines Nettogewinns von internationalen Studierenden profitieren.

Zu einer verlässlichen Grundfinanzierung und einem Preisschild. Selbstverständlich kann niemand von uns hier – ich würde das auch nicht tun – einen Preis für irgendetwas nennen. Ich möchte aber daran erinnern, dass das Land Nordrhein-Westfalen und der DAAD von 2017 bis 2022 sehr erfolgreich das Programm „NRWege“ für geflüchtete internationale Studierende aufgelegt haben. Das hatte ein Volumen von 50 Millionen Euro über fünf Jahre. Schauen Sie sich an, was das Land Baden-Württemberg kürzlich beschlossen hat. Dort sind es 23,6 Millionen Euro für die Anwerbung von Talenten aus den USA. Damit kann man Ihre Frage beantworten.

Und zur letzten Frage: Ist das nicht Außenpolitik? – Das glaube ich nicht. Ich glaube, dass auch innerhalb der Bundesrepublik es viele Länder gibt, die sagen, dass sie großartige Wissenschaftssysteme und sehr gute Hochschulen haben, und sich darum bemühen, die besten Talente zu sich zu holen. Daher denke ich, das ist durchaus eine Aufgabe, die auch das Land Nordrhein-Westfalen verfolgen sollte.

Dr. Lars Lott (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg): Ich beziehe mich auf die Frage der SPD-Fraktion bezüglich des Fonds, der Ausstattung und der Governance-Struktur. In der Tat plädiere ich dafür, dass die Politik eher weniger Vorgaben für die konkrete Ausgestaltung dieses Fonds macht und das der Wissenschaft und den Hochschulen in NRW überlässt. Denn zum einen sind sie näher dran, und zum anderen können dann diejenigen Forscherinnen und Forscher, diejenigen Forschungsprojekte unterstützt werden, die aus der Wissenschaft selbst als tragfähig begutachtet werden.

Wichtig ist allerdings, dass bei Governance-Strukturen keine Doppelstrukturen geschaffen werden, weil das das Finanzvolumen von 50 Millionen Euro deutlich schmälern würde, also weniger Geld für antragsstellende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler übrig wäre.

Zum Finanzvolumen. 50 Millionen Euro klingen erst einmal nach einer relativ guten Ausstattung. Wenn wir es mal konkret runterrechnen und eine TV-L-13-Stelle zugrunde legen – das sind ungefähr 100.000 Euro pro Jahr für eine ganz normale Postdoktoranden- oder Doktorandenstelle –, sind das 500 Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterstellen insgesamt. Wenn wir das jetzt auf mehrere Jahre strecken, beispielsweise fünf, kommen wir auf 100 Stellen für ganz NRW, für alle Hochschulen, für alle antragberechtigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das scheint mir angesichts des Problems, das wir global sehen, relativ klein dimensioniert. Gleichzeitig weiß ich, dass die Länder in Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen stecken und schauen müssen, wo sie Geld ausgeben und wo sie es einsparen können. Wie gesagt, angesichts des Problems scheinen die 50 Millionen Euro relativ gering dimensioniert zu sein.

Zur Frage der verlässlichen Grundfinanzierung. In der Tat würde ich dafür plädieren, die Grundfinanzierung verlässlicher zu gestalten und weniger auf die kompetitive Vergabe von Drittmitteln zu fokussieren. Das hat den folgenden Grund: Die Grundfinanzierung scheint mir im hochschulpolitischen System der Bundesrepublik verlässlicher aufgestellt zu sein als die Drittmittelvergabe. Die Drittmittelvergabe hat kürzere Zyklen und ist ein Einfallstor dafür, dass der Haushaltsgesetzgeber, also der Landtag oder die Landesregierung, Einfluss auf das nimmt, was gefördert werden soll. Das ist natürlich im Interesse des Haushaltsgesetzgebers, politische Prioritäten zu setzen, also beispielsweise die Forschung fürs Klima oder für Impfstoffe besonders in den Fokus zu nehmen. Gleichzeitig steht es aber im Spannungsverhältnis zur institutionellen Autonomie der Hochschulen, selber zu entscheiden, wo Geld hineingesteckt wird und wo nicht. Deswegen ist eine langfristig gute Strategie, die Grundfinanzierung auszubauen, weil diese mir langfristig stabiler erscheint als eine kompetitive Drittmittelvergabe.

Frank Albrecht (Philipp Schwartz-Initiative): Ich möchte zunächst auf die Innovationsprofessuren zurückkommen. Diese Professuren haben meinem Verständnis nach ein ganz bestimmtes Ziel und eine strategische Zielsetzung, und sie haben damit auch eine gewisse inhaltliche Schwerpunktsetzung. Es ist ganz entscheidend, dass, wenn wir über Wissenschaftsfreiheit und diese globaleren, sozusagen grundlegenden Ideen sprechen, diese Schwerpunktsetzung nur ein Teil eines größeren Pakets sein kann. Es kann nicht nur um strategisch oder wirtschaftlich relevante Bereiche gehen, die wir dann unter dem Label der Wissenschaftsfreiheit unterstützen, sondern es kann ein Teil eines größeren Pakets sein. Es kann eine Wirkung entfalten, aber sicherlich nicht als einziges Instrument.

Ein zweiter Punkt ist folgender: Wenn es hier darum geht, darüber Wissenschaftler*innen ausdrücklich aus dem außereuropäischen Ausland zu gewinnen, ist es sehr wichtig, dass die Prozesse den Kriterien angemessen ausgestaltet sind. Wir hören von vielen unserer Geförderten aus dem von Humboldt-Netzwerk, dass Auswahlkriterien an klassischen – in Anführungszeichen – „westlichen“ Karrieren orientiert und zum Beispiel sehr bibliometrisch geprägt sind. Da gibt es sehr viele ganz essenzielle Stellschrauben, die gedreht werden können, um ein größeres Potenzial, einen größeren Impact also hinsichtlich der Personen, die damit gefunden und unterstützt werden können, zu erreichen. Hier ist unsere Haltung seitens der von Humboldt-Stiftung, das sollte wissenschaftsgeleitet definiert werden.

Es gab eine spezifische Frage von Herrn Hartmann von der SPD-Fraktion dazu, welche Förderinstrumente die Antragsberechtigung ermöglichen. Die gibt es. Die gibt es auch im Förderportfolio der von Humboldt-Stiftung; bekannt ist vielleicht die von Humboldt-Professur. Hier muss das Portfolio meiner Meinung nach in der Tat noch weiter ausgearbeitet werden. Ich glaube, das ist gerade auch im Prozess. Es war richtig, dass noch gewisse Lücken in dieser Hinsicht bestehen.

Zu der Frage von Frau Freimuth, was der Landtag NRW denn tun kann. Natürlich bin ich jetzt auch zurückhaltend, Preisschilder zu setzen, aber ich glaube, es ist wichtig, nicht nur in diesen Programmen und Maßnahmen zu denken, sondern natürlich auch die bestehenden Strukturen zu adressieren. Was wir in unserer Arbeit in der Philipp Schwartz-Initiative und der von Humboldt-Stiftung immer wieder sehen, sind Herausforderungen, die eher mit der Grundfinanzierung zu tun haben. Zum Beispiel ist die Unterstützung von gefährdeten Forschenden, verfolgten Forschenden, überhaupt internationalen Gastwissenschaftler*innen eine ganz große Belastung und Herausforderung auch für die Hochschulverwaltungen. Ich möchte jetzt nicht in Herrn Wessels‘ Zuständigkeit eingreifen, aber wir sehen das einfach aus der Fördererperspektive. Da ist ein sehr großer Einsatz erforderlich, und da besteht eine gewisse Knappheit.

Aus Verwaltungssicht sollte man auch noch weiter denken. Wir haben Studien durchgeführt, und der Blick gerade der nordamerikanischen Forschenden – das steht auch in der Stellungnahme – auf die deutsche Wissenschaft ist, dass sie inhaltlich wissenschaftlich unendlich attraktiv ist, die Prozesse aber wahnsinnig kompliziert sind. Es gibt also eine sehr kritische Haltung gegenüber administrativen Herausforderungen. Das hat mit Visa-Prozessen zu tun und geht dann mit der Berufung usw. weiter; einiges davon wurde schon angesprochen. Für nordamerikanische Forschende mit nordame-

rikanischen Pässen ist das Thema „Visa“ kein großes Problem. Wenn wir aber globaler denken, zum Beispiel an gefährdete Forschende, dann sehen wir erhebliche Herausforderungen. Das ist eine Bundeszuständigkeit, aber ich denke, in der Landeszuständigkeit können auch wichtige Stellschrauben gedreht werden. In den Ausländerbehörden gibt es eine gewisse Vielfalt und Föderalität in der Auslegung des Ausländerrechts, was unsere Forschenden sehr, sehr direkt betrifft. Der Familiennachzug zum Beispiel ist sehr problematisch. Hier kann, denke ich, sehr viel ohne ein ganz großes Preisschild positiv bewegt werden, um zur Erreichung der besprochenen Ziele beizutragen.

Carolin Kirsch (SPD): Mich interessiert – und da sind vielleicht in der Tat auch die AvH oder auch der DAAD besonders gefragt, aber auch die Hochschulen –, welche Probleme, welche Hindernisse es in Bezug auf Verwaltungsstrukturen gibt, von denen Sie meinen, da müsste deutlich nachgelegt werden. Vieles ist sicherlich Bundeszuständigkeit, aber vielleicht können Sie noch mal an der einen oder anderen Stelle aus Ihrer Erfahrung schildern, ob es auch andere Aspekte gibt, die wir hier gerade auf Landesebene bearbeiten müssten. Die Ausländerbehörden haben Sie schon genannt, aber da gibt es möglicherweise auch noch das eine oder andere. Bei Berufungsverfahren, gerade bei der von Humboldt-Professur, gibt es zum Teil sehr quälende Prozesse. Wo könnte man aus Ihrer Sicht, auch ohne das gesamte Beamtenrecht in Deutschland zu verändern, an der einen oder anderen Stellschraube drehen, was dann zu einer besseren Brain Circulation führen würde?

Angela Freimuth (FDP): Herr Dr. Harms und Herr Professor Wessels, Sie beide haben das Rückkehrerprogramm ausdrücklich angesprochen, und auch das Stichwort „GAIN“ ist gerade gefallen. Reicht das, was wir bis jetzt haben, oder gibt es irgendetwas, was wir angesichts des offensichtlich bestehenden Interesses von Rückkehrern noch gezielter tun müssen?

Frank Albrecht (Philipp Schwartz-Initiative): Zu Frau Kirschs Frage. Einige Punkte hatte ich schon angesprochen, Ausländerbehörden und Ähnliches. Insbesondere die Auslegung des Ausländerrechts ist unterschiedlich, und das ist eine ganz große Herausforderung. Wir sehen da wirklich ganz konkrete Auswirkungen auf unseren geförderten Familiennachzug. Das ist wirklich ein zweites, ganz zentrales Problem.

Zu den Berufungsverfahren. Sie haben schon die Alexander von Humboldt-Professur angesprochen. Das ist ein ganz besonderer Sachverhalt. Das ist der höchstdotierte internationale Forschungspreis, der in Deutschland vergeben wird und bis zu 5 Millionen Euro umfassen kann. Dabei geht es tatsächlich um eine längerfristige Gewinnung von absoluten Spitzenforschenden. Das ist aber nur ein Teil der Humboldt-Stiftung und steht hier deshalb auch nicht im Fokus der Diskussion.

Zu den Berufungsverfahren. Ich glaube, das sind drei Begriffe, nämlich Geschwindigkeit, Transparent und Internationalität, die in manchen Kontexten einfach große Herausforderungen darstellen. Ich denke mal, dass es wahrscheinlich mehr Expertise sozusagen aus der Innensicht geben wird. Aber das ist das, womit wir immer wieder

konfrontiert sind, dass also insbesondere Transparenz und Nachvollziehbarkeit eine Herausforderung sein können.

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Tatsächlich bestehen die Schwierigkeiten der Aufnahme gerade im Philipp Schwartz-Programm auf lokaler Ebene. Weil vieles in der Verantwortung der Kommune ist, ist nicht so klar, was der Landtag an der Stelle tun kann. Ich kann sagen, der individuelle Betreuungsaufwand, solche Sachen zu machen, ist, selbst wenn man wie wir relativ exklusive Zugänge zu einem Ausländeramt hat – es ist nicht so, dass wir monatelang auf einen Termin warten müssen –, einfach wahnsinnig groß, und die Ressourcen dafür sind Personen und Zeit. Denn Sie können mit einer Person nur eine Person gleichzeitig betreuen. Sie können nicht mit zehn Leuten aufs Ausländeramt gehen. Das funktioniert alles nicht. Das ist Teil der Problematik, die angesprochen worden ist, die ganz klar in der Grundfinanzierung steckt: Wie viel Service bietet man für solche Programme an, die dann am Ende des Tages zahlenmäßig nur relativ wenigen zugutekommen?

Ich möchte noch einmal aufgreifen, dass gesagt wurde, dass Berufungsverfahren zu lang, zu intransparent seien. Gerade bei AvH-Professuren sind das Verfahren, der Bewerbungsprozess und der Auswahlprozess bei der AvH ganz normal. Der ist auch ganz normal eingetaktet. Sobald die Entscheidung gefallen ist, können die Universitätsgremien – an der Stelle ist ganz klar in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit des Verzichts auf Ausschreibung gegeben, weil es international so herausragend ist – innerhalb von wenigen Wochen berufen. Das ist überhaupt kein Problem. Das war mal ein Problem, bis dieser – ich nenne das immer so – Olympia-Paragraf im Hochschulgesetz eingeführt worden ist. Mit dieser Klausel kann man in diesen Verfahren sehr schnell Einigkeit herstellen. Es braucht exakt drei Beschlüsse, nämlich einen vom Rektorat, einen vom Senat und einen vom Hochschulrat. In der Gremienfolge liegen die innerhalb weniger Wochen in der Regel zusammen. Das kriegt man also wirklich sehr schnell hin.

Stichwort: Rückkehrerprogramm „GAIN“. Was kann man noch tun? – Ich war dieses Jahr in Boston. Ich kann bestätigen, dass der Andrang wirklich sehr groß ist, sodass es mit Leichtigkeit gelingen könnte, noch mehr Leute über das NRW-Rückkehrerprogramm zu bekommen. Das wäre wünschenswert; denn mindestens diejenigen, die in der Vergangenheit gekommen sind, sind alle sehr qualifiziert gewesen. Das liegt daran, dass die Leute, die sich aufs Rückkehrerprogramm bewerben, in der Regel welche sind, die auch schon als Geförderte ins Ausland gegangen sind, also auch dort schon bestimmte Qualitätskriterien erfüllen mussten.

Ein Blick – das war natürlich auch in Boston ein Thema – auf das Thema „Berufungsverfahren“: Ist das kompliziert und langwierig oder nicht? Das hängt immer davon ab, welche die berufende Instanz ist. Man kann ganz reguläre Berufungsverfahren innerhalb von einem halben bis dreiviertel Jahr durchführen. Das ist auf der Skala der Umsiedlungswünsche von Leuten aus dem Ausland nach Deutschland vertretbar.

Es wurde heute auch gesagt, dass die Verfahren in Deutschland noch zu stark auf Bibliometrie fokussieren. Dazu muss man sagen, dass durch den CoARA-Prozess der EU hier ganz viel Bewegung ins Spiel gekommen ist. Es ist bei Weitem nicht mehr so,

dass Leute nur noch bibliometrisch miteinander verglichen werden. Es ist vielmehr so, dass sich zunehmend durchsetzt, dass Berufungskommissionen nicht eine Sichtung von Bewerbungen machen, sondern dass Berufungskommissionen in der Regel sich klar – und das dürfen sie nach Gesetz – als Findungskommissionen empfehlen und aktiv nach Leuten suchen, die sie gerne hätten.

Dr. Michael Harms (Deutscher Akademischer Austauschdienst [DAAD]): Ich möchte nicht alles wiederholen, sondern ein konkretes Beispiel nennen und einen Vorschlag machen. Visa und Ausländerbehörden sind bereits genannt worden. Für die, die international arbeiten, ist das ein wiederkehrendes Thema.

Ich möchte folgendes, wie ich finde, sehr gutes Beispiel nennen. Es gibt eine ganze Reihe von Hochschulen, die es sich gewissermaßen zum Standortvorteil gemacht haben, ein Büro der Ausländerbehörde auf dem Campus zu haben und dort englischsprachige Mitarbeiterinnen zu beschäftigen, die also deutsche Sachbearbeitung auf Englisch kommunizieren können. Das macht einen unfassbaren Unterschied, weil sie aktiv dazu beitragen können, dass viele der bürokratischen Prozesse dann vereinfacht werden. Da geht es auch um eine Verzahnung von Behörde und Hochschule.

Und dann noch zur Frage: Reicht das, was wir bisher haben? – Man muss sich vergegenwärtigen, dass unser Wissenschaftssystem anders funktioniert als beispielsweise in den USA oder UK. Dort sind sie Kunde, sie zahlen sehr nennenswerte Gebühren, und sie bekommen auch Dienstleistungen. Das können wir nicht replizieren. Das ist einfach nicht vorgesehen. Gleichwohl ist es so, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen, die mit internationalen Studierenden zu tun haben, an den International Offices häufig wirklich überlastet sind. Dort brauchen wir tatsächlich Unterstützung in den Willkommensstrukturen, und dort brauchen wir für das Onboarding sicherlich Ressourcen. Das kann man zum Teil projekthaft machen. Das machen wir mit den Mitteln aus dem „1.000-Köpfe-plus-Programm“. Da lohnt es sich, zu investieren.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Ich habe zwei Fragen bezogen auf die USA. Herr Wessels, Sie haben eben darauf hingewiesen, dass einzelne Teile der Forschungsförderung in den USA gerade sehr zurückgefahren werden, und dass Möglichkeiten bzw. Fenster für Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen bestehen. Können Sie Ihre Eindrücke schildern, inwiefern wir das ganz konkret aufnehmen können, welche Disziplinen das sind und wie wir die Lücke schließen können, und zwar aus Verantwortung für das Fach und die Forschung, aber auch nutzenstiftend für uns?

Wir sehen im Moment, dass sich die USA aus der Unterhaltung von Dateninfrastrukturen zurückziehen. Forschung gelingt allerdings nicht ohne Daten. Dieser Rückbau wird meiner Meinung nach ein großes Problem für die Forschung weltweit sein. Was kann man von hier aus tun, um das zu kompensieren?

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Danke für die Vorlage. Denn das ist eine wesentliche Frage. Ich denke, was die Dateninfrastrukturen angeht, so wissen wir alle, welche Schätze da sind und vor allen

Dingen welche Schätze gesammelt worden sind, nicht nur von den USA, sondern unter weltweiter Beteiligung. Das ist etwas, was meines Erachtens die EU sicherzustellen hat; denn wir als Land sind dort nicht alleinig beteiligt. Wir alle müssen ein Interesse an Dingen wie der FlyBase, wo die Fruchtfliegen-Genome hinterlegt sind, an den Klimadaten, an dieser wahnsinnigen Datensammlung für Atomspektroskopie haben. Ich dachte, Atomspektroskopie braucht kein Mensch mehr. Aber in der Tat braucht man das, wenn man Laserlichtquellen entwickeln will. Das sind alles Sachen, die nicht verloren gehen dürfen. Es ist meines Erachtens eine generische EU-Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Wissen, an dem wir alle partizipiert haben, erhalten bleibt.

Welche Forschungsfelder sind jetzt besonders unter Beschuss geraten? Das können Sie im Grunde genommen in der „New York Times“ nachlesen. Denn da waren Listen von Begriffen abgedruckt, die in Anträgen nicht mehr auftauchen dürfen. Da sind einige dabei, die man in ihrer Doppeldeutigkeit gut verstehen muss. Zum Beispiel Diversity ist im medizinischen Bereich eines der wichtigsten Forschungsfelder überhaupt. Es geht darum, zu verstehen, wie der weibliche und der männliche Organismus sich bei Therapieansprachen unterscheiden. Das fällt natürlich unter den Begriff „Diversity“, und das ist mit Blick auf individualisierte Medizin im Moment wahrscheinlich eines der heißesten Forschungsfelder der Medizin. Das wäre jetzt so ein Klassiker.

Dann gibt es Bereiche, wo wir gut beraten sind, die auch weiterzutreiben, wenn es darum geht, Mechanismen zu finden, die tatsächlich wahr von unwahr trennen können, wenn es um Kommunikation geht. Wir alle wissen, dass wir in den elektronischen Medien relativ leicht Opfer von Manipulationen werden können. Die Forschung, die betrieben wird, mit welchen Mitteln das gemacht wird und mit welchen Mitteln man eventuell aufdecken kann, wie das gemacht wird, ist so ein gesellschaftswissenschaftliches Feld, dass man das gar nicht überbewerten kann.

In dieser Art von Klassifizierung kann man ganz viel finden. Die Sustainable Development Goals der UNO stehen auch unter Beschuss. Daher müssen wir alle dafür sorgen, dass das nicht als Kann-weg-Forschung betitelt wird.

Dr. Lars Lott (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg): Ich möchte auch stark dafür plädieren, die Dateninfrastruktur und die Förderung von Dateninfrastruktur europäisch zu denken, und zwar aus zwei ganz einfachen Gründen. Das Finanzvolumen, das dazu notwendig ist, die Datenstände aus den USA zu sichern, kann schlechterdings nicht ein einzelnes Bundesland tragen. Und das ist auch nicht sinnvoll. Das ist deshalb nicht sinnvoll, weil wir in ganz Europa den Aufstieg von radikal rechten Parteien sehen, die sich in Regierungsverantwortung vermutlich daran orientieren werden, was Trump gerade in den USA vollzieht. Dann sind die Dateninfrastrukturen, wenn sie in einzelnen Ländern von diesen einzelnen Ländern verantwortet werden, wieder abhängig. Da scheinen wir, wenn wir jetzt auf EU-Ebene denken, weniger davon abhängig zu sein, wo radikal rechte Parteien in Regierungsverantwortung kommen. Deswegen plädiere ich dafür, dass das Finanzvolumen eher eine EU-Aufgabe ist. Aufgrund der dauerhaften Sicherheit dieser Daten ist es eigentlich auch eine gute Idee, das der EU aufzutragen.

Was können Sie als Landtag trotzdem machen? Es gibt in der Wissenschaft durchaus Bottom-up-Prozesse, einzelne Datensatzbestände jetzt schon zu retten, und da wäre sicherlich eine Unterstützung dieser Bottom-up-Prozesse sehr, sehr hilfreich.

Dr. Michael Harms (Deutscher Akademischer Austauschdienst [DAAD]): Ehrlich gesagt kann ich dem nur wenig hinzufügen. Ich denke, es ist deutlich geworden – und das möchte ich wirklich noch mal herausstreichen –, dass das Problem der Dateninfrastruktur ein absolut massives ist und gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Ich möchte noch mal konkreter auf unser System schauen. Wir haben über einzelne Fördermechanismen, Fonds, Humboldt-Professuren für die Förderung einzelner Personen gesprochen. Das ist wertvoll, aber ein bisschen auch die Kür. Wir dürfen aber auch die Pflicht nicht vergessen, und dazu gehört, das System in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten, in das die Personen dann hineinkommen und in dem sie dann arbeiten. Deswegen noch mal die Frage, gerade mit Blick auf Nordrhein-Westfalen kurz vor der Haushaltsberatung: Welche Anforderungen gibt es denn darüber hinaus dafür, dass das Wissenschaftssystem die Menschen, die klugen Köpfe, die hierherkommen, auch gut aufnehmen kann? Unterscheiden sich diese Anforderungen für die Menschen, die hierhergekommen sind, und die für die Menschen, die einfach hier sind und auch hier studieren wollen?

Angela Freimuth (FDP): In mehreren Wortbeiträgen haben eigentlich Sie alle an unterschiedlichsten Punkten immer wieder mal die europäische Dimension und die europäische Herausforderung beschrieben und dafür plädiert, dass wir europäisch denken müssen und vom Kirchturmdenken wegkommen müssen. Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass wir auch in europäischen Nachbarländern sehr unterschiedliche politische Entwicklungen sehen; die Geopolitisierung der Wissenschaften war vorhin mal ein Stichwort. Welche Herausforderungen sehen Sie mit Blick auf unseren eigenen, auch politisch verfassten Kontinent Europa bezüglich Wissenschaftskooperationen?

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Also eigentlich haben Sie mir jetzt eine Vorlage gegeben, Herr Hartmann, die ich reinmachen muss.

(Heiterkeit)

Natürlich werden uns die Einsparbemühungen, die im Grundhaushalt vorgesehen sind, auch in diesem Bestreben behindern. Die werden uns behindern, weil einer der zentralen Ankerpunkte, gerade wenn es darum geht, junge Leute zurückzuholen, ist, verlässliche Karrieren bereitzustellen. Verlässliche Karrieren sind so ein Punkt. Was bedeutet denn das? Das bedeutet die Perspektive auf eine Dauerstelle. Im Moment reden wir flächendeckend davon, Stellen abzubauen. Wir reden nicht darüber, Stellen neu zu schaffen. Und ja, die Boomer-Generation geht jetzt über die nächsten fünf Jahre in Pension. Da wird auf dem Professorenlevel relativ viel frei. Das ist aber, gerade wenn man erst einen Postdoc gemacht hat, eine etwas unsichere Bank, auf die

man da setzen will. Eine Unterstützung für Tenure-Track-Verfahren, gerade mit Blick darauf, dass langfristig am oberen Ende Platz wird, wäre tatsächlich etwas, was hier eine gewisse zusätzliche Sicherheit schaffen könnte. Das geht im Moment aber nur mit einem Ausbau der Grundfinanzierung. Anders ist das meines Erachtens wirklich nicht zu machen.

Frau Freimuth, Herausforderungen für Kooperationen bestehen immer. Wir müssen Strukturen schaffen, in denen Vertrauen gehalten werden kann. Das ist die größte Herausforderung, vor der wir stehen. Bislang hat unser Kooperationssystem auch weltweit so gut funktioniert, weil es keine radikalen Störenfriede in dem System gab, und wenn man mal gute Beziehungen hatte, dann musste man nicht Angst davor haben, dass die mit der nächsten Runde aufgekündigt werden. Wir wissen, dass selbst in dem hochprivilegierten Feld der Weltraumforschung dieses Diktum längst gewichen ist und eine Nationalisierung stattgefunden hat, die mindestens dieses Feld in seiner generischen Förderung bedroht. Ich könnte jetzt auch noch andere Felder nennen. Wir müssen es irgendwie schaffen, sicherzustellen, dass über Wissenschaft gewachsene Kooperationen als Basis für Vertrauen richtig genutzt werden.

Dr. Michael Harms (Deutscher Akademischer Austauschdienst [DAAD]): Das ist natürlich eine ganz gefährliche Frage, wenn Sie jemanden befragen, der für Hochschulen oder für eine Wissenschaftsorganisation, deren Mitglieder Hochschulen sind, arbeitet. Ich will es trotzdem versuchen.

Es besteht eine ganz klare Korrelation zwischen der Anwesenheit von Universitäten und Fachhochschulen und der Innovationskraft einer Region. Das ist ganz klar nachgewiesen. Diese Korrelation ist da. Ich möchte Ihnen auch mit Blick auf internationale Studierende interessante Zahlen nennen. Im Jahr 2022 sind 80.000 internationale Studierende auf den deutschen Arbeitsmarkt gekommen. Wenn 40 % in diesem Land bleiben, werden sie 15,5 Milliarden Euro an Zuschüssen für unser Bruttoinlandsprodukt leisten können. Ich meine, das ist eine gute Zahl und zeigt, was für eine gute Investition nicht nur internationale Studierende sind, sondern auch die Investitionen in die Hochschulen insgesamt.

Ein letztes Wort zu Europa. Ja, natürlich ist es ganz, ganz wichtig. Es gibt hier auch die Initiative der Europäischen Hochschulallianzen. Das ist eine ganz wichtige Sache, in der die deutschen Hochschulen sehr stark vertreten sind und eine führende Rolle einnehmen. Ich denke, wir tun gut daran, das auch weiterhin so zu verfolgen.

Frank Albrecht (Philipp Schwartz-Initiative): Zu der Frage, ob die Anforderungen für Personen, die von außen kommen, die gleichen sind wie für Personen, die von innen kommen. Ich möchte den Punkt der berechenbaren Karrierewege oder verlässlichen Karrierewege gerne verstärken. Das ist ein zentrales Problem, von dem unsere Geförderten berichten, und mit unseren Geförderten meine ich Philipp Schwartz-Fellows, also gefährdete Forschende aus aller Welt, nicht in den USA. Das ist natürlich eine andere Interessenlage. Aber das ist wirklich eine der Kernherausforderungen der von Ihnen wahrgenommenen Undurchlässigkeit des Wissenschaftssystems.

Frau Freimuth, wenn wir darüber nachdenken, was wir brauchen, gibt es auch noch Aufgaben hinsichtlich der Resilienz der eigenen Institutionen und der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Europa zu lösen. Sie ist grundgesetzlich verankert, sie ist auch institutionell relativ gut verankert, aber wir würden gut daran tun, unsere Systeme auch kritisch zukunftsfest zu machen. Das steht jetzt etwas neben dem Thema, das wir heute besprechen, aber das ist sicherlich auch ein Thema, das zum weiteren Bereich der Wissenschaftsfreiheit gehört.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank für die Antworten.

Ich schaue einmal die Kolleginnen und Kollegen an. – Es gibt keine weiteren Fragen.

Dann bedanke ich mich an unsere sachverständigen Gäste.

Das Protokoll dieser Anhörung wird demnächst im Internetangebot des Landtages veröffentlicht.

Nach Vorlage des Protokolls wird sich der Ausschuss weiter mit diesem Antrag beschäftigen.

Ich wünsche Ihnen und allen Zuhörern eine gute Heimreise.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Dr. Hartmut Beucker
Vorsitzender

Anlage
06.10.2025/06.10.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Wissenschaftsausschusses

Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/13807

am Mittwoch, dem 24. September 2025
13.30 bis (max.) 15.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellung-nahme
Professor Dr. Johannes Wessels Vorsitzender Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW Düsseldorf	**Prof. Dr. Johannes Wessels**	**18/2872**
Professor Dr. Bernd Kriegesmann Vorsitzender Landesrektor_innenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften NRW Münster	*keine Teilnahme*	**18/2850**
Professor Dr. Thomas Grosse Sprecher Landesrektorenkonferenz der Kunst- & Musikhochschulen NRW Detmold	*keine Teilnahme*	**18/2808**
Professor Dr. Joybrato Mukherjee Präsident Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. (DAAD) Bonn	**Dr. Michael Harms**	**18/2879**
Dr. Lars Lott Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Menschenrechtspolitik Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Erlangen	**Dr. Lars Lott**	**18/2861**
Frank Albrecht Leiter Referat Philipp Schwartz-Initiative und Wissenschaftsfreiheit der Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn	**Frank Albrecht**	**18/2874**

***